

II-1969 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 30. Okt. 1968 No. 941/1

A n f r a g e

der Abgeordneten Peter, Dr. van Tongel und Genossen  
an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen,  
betrifft Zementierung des parteilichen Proportzes in der verstaatlichen  
Industrie.

Das am 16. Dezember 1966 gegen die Stimmen der freiheitlichen  
Abgeordneten beschlossene Bundesgesetz über die Ausübung der Anteil-  
rechte des Bundes an den verstaatlichten Unternehmungen (ÖIG-Gesetz)  
hat sich, wie seinerzeit von der Fraktion der FPÖ-Abgeordneten zum  
Nationalrat vorausgesagt, zur Lösung der Probleme der verstaatlichten  
Industrie als ungeeignet erwiesen. Es ist vor allem der gleichzeitig mit dem  
ÖIG-Gesetz wieder eingeführte personalpolitische Proportz, der eine den  
Erfordernissen der modernen Wirtschaft entsprechende Führung der ver-  
staatlichten Industrie verschwert, ja weitgehend überhaupt unmöglich macht.

Wie aus Zeitungsmeldungen der letzten Woche hervorgeht, finden  
zurzeit Gespräche zwischen ÖVP und SPÖ statt, die eine weitere Zemen-  
tierung des Proportzes bei der Besetzung von Posten in der verstaatlichten  
Industrie zum Gegenstand haben. In diesem Zusammenhang ist bekannt, daß  
die sozialistische Nationalratsfraktion ihre Zustimmung zu einer Verlänge-  
rung der Marktordnungsgesetze von weitgehenden personalpolitischen Kon-  
zessionen im Bereich der verstaatlichten Industrie abhängig zu machen be-  
absichtigt. In einem Gespräch am Mittwoch, dem 23. Oktober 1968, an dem  
auch der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen  
teilgenommen hat, wurde laut "Presse" vom 24. Oktober 1968 sozial-  
istischerseits verlangt, daß bei Vorstandsbesetzungen in der verstaatlichten

- 2 -

Industrie nicht nur ein Vorschlagsrecht der Parteien, sondern auch ein definitives Nominierungsrecht gelten soll.

Diese Entwicklung muß jeden, dem die Reorganisation der verstaatlichten Industrie ein echtes Anliegen und nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, mit großer Sorge erfüllen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen die

**A n f r a g e :**

- 1) Vertreten Sie als der zuständige Ressortminister die Auffassung, daß es den Interessen der verstaatlichten Industrie dient, wenn die Frage der Postenbesetzung in den Vorständen - so wie in der Zeit der großen Koalition - weiterhin unter dem Gesichtspunkt des parteidichten Proportionalen behandelt wird?
- 2) Für den Fall der Verneinung der Frage 1): Teilen Sie die Auffassung der FPÖ-Abgeordneten zum Nationalrat, daß eine den Erfordernissen der modernen Wirtschaft (rechnungsfähige Reorganisation) der verstaatlichten Industrie mit der Belbehaltung bzw. Zementierung des politischen Proportionalen bei der Postenbesetzung unvereinbar ist?
- 3) Welche Haltung haben Sie als Ressortminister der verstaatlichten Industrie gegenüber den von sozialistischer Seite in dem Gespräch am 23. Oktober 1968 vorgebrachten Forderungen eingenommen und wie begründen Sie diese Haltung?

Wien, 30.10.1968